



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1923

48 (29.1.1923) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-207661](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-207661)

Mannheimer General-Anzeiger

Verlagspreis: In Mannheim u. Umgebung 1923 1.000.—
 (einschl. d. Post bezogen ohne Bestellgeld monatl. 1.000.—)
 freibleibend: Einzelnummer 10 Pf. — bis 40 Pf. — Postgebühren
 Nr. 17200 Karlsruher in Baden und Nr. 17177 Einzelnummern
 am Rhein. Hauptgeschäftsstelle Mannheim, E. L. G. G. G. G.
 Nebenstelle Neudorf, Wollschloß Nr. 6. Fernsprecher
 Nummer 7445, 7446, 7447, 7448, 7449. Telegramm-Adresse:
 General-Anzeiger Mannheim. Erscheint 14-täglich 1400 Exemplare.

Badische Neueste Nachrichten

Anzeigenpreis: Bei Voranmeldung des H. J. 100.—
 (einschl. d. Post bezogen ohne Bestellgeld monatl. 1.000.—)
 freibleibend: Einzelnummer 10 Pf. — bis 40 Pf. — Postgebühren
 Nr. 17200 Karlsruher in Baden und Nr. 17177 Einzelnummern
 am Rhein. Hauptgeschäftsstelle Mannheim, E. L. G. G. G. G.
 Nebenstelle Neudorf, Wollschloß Nr. 6. Fernsprecher
 Nummer 7445, 7446, 7447, 7448, 7449. Telegramm-Adresse:
 General-Anzeiger Mannheim. Erscheint 14-täglich 1400 Exemplare.

Beilagen: Der Sport vom Sonntag Aus der Welt der Technik. Gesetz u. Recht. Modezeitung. Aus Zeit u. Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung u. Mannheimer Musik-Zeitung

Kurze Uebersicht

Nach einer Haussammlung plant die französische Regierung neue strenge Maßnahmen für das Ruhrgebiet.

Die „Chicago Tribune“ befürchtet ein Vordringen der Franzosen auf Weisel, Hamm, Hagen, Barmen und Elberfeld.

Die Grenzverhandlungen mit der Tschechoslowakei betr. das Hultschiner Ländchen wurden abgebrochen.

Im Thyllen-Prozess wird die eingereichte Revision mit prozeßualen Formverstoßen begründet.

Die Nachricht von dem Rücktrittsgesuch des bayerischen Innenministers Dr. Schwegler bestätigt sich nicht.

Das napoleonische Spektrum

Erste Unruhe in England

(Von unserem Mitarbeiter)

London, 27. Januar.

Die scheinbar politische Erklärung, wie sie sich in dem vagen Schlagwort der „wohlwollenden Neutralität“ gegenüber Frankreich ausdrückt, ist, fast könnte man es sagen, seit gestern gewichen. Poincaré hat in dem britischen Botschafter in Paris, Crewe, haben die Dinge plötzlich in Fluss gebracht. Das letzte Hintertreiben der konservativen Blätterkommentare nimmt ein Ende; die Opposition greift sofort an, die Arbeiterpartei markiert an der Spitze mit ihrer Forderung, daß die Pariser Wollstapelung dem gewöhnlichen Zustand ein Ende setzen müsse. Das Wollstapelproblem rückt in den Hintergrund. Der Ruhrbrand muß gelöscht werden; ihn zu isolieren, wird der Regierung nicht gelingen, schreibt „Daily Telegraph“.

Am 23. Januar fand in Paris eine entscheidende Besprechung Poincarés mit Lord Crewe, statt. Die Zeitungen brachten einen ziemlich belanglosen Bericht; der Botschafter machte dem französischen Ministerpräsidenten die Mitteilung, daß von englischer Seite nichts getan werden soll, um die „eventuell als notwendig erscheinenden Maßnahmen der französischen Regierung“ zu behindern. Poincaré begnügte sich mit dieser britischen Aufklärung nicht, so verurteilt man heute in hiesigen politischen Kreisen. „Westminster Gazette“ und die dem Premier Lord Balfour nahestehende „Daily Express“ trafen dieses bedeutsame Faktum nicht. Der Leiter des Pariser Kabinetts kündigte dem englischen Botschafter an, daß Frankreich den Weg der „gemäßigten Politik“ gegenüber Deutschland einmündig verlassen müsse, um sein Ziel, die Abwicklung des Reparationsplanes, durch „hart, einschneidende Mittel“ (mesures de coercition) zu erreichen. Poincaré gab einen kurzen Überblick über die Lage des Ruhrgebietes, das von dem unbefriedigten Deutschland, Kollaps und Wollstapelung, Zollern, Beamtenreform, Eingriff in das Unterrichts- und in das Vereinsleben, finanzielle Reformen weitestgehender Art, Heranziehung aller möglichen französischen Wirtschaftskräfte für den Fall weiterer passiver Resistenz; eine Ausdehnung der militärischen Besetzung würde in Frage kommen, wenn sich an den Grenzen des abgetrennten Gebietes irgendwelche gegnerische Bewegungen bemerkbar machen sollten. Damit nicht genug, die Besetzung des Ruhrgebietes solle nicht früher aufgehoben werden, als bis Deutschland mindestens zwei Jahre lang „Beweise seines guten Willens“ gegeben. Auf die Frage des englischen Botschafters, ob diesen diesen Plan Poincarés die Zustimmung erteilt habe, gab der Ministerpräsident zu verstehen, daß Frankreich und Belgien auch ohne Italien das Programm durchführen würden.

„Es es ein Druckmittel, um England zum Eingreifen zu veranlassen?“ Diese Frage stellt „Daily Express“. Will Poincaré die englische Regierung vor die Wahl stellen: entweder Wiederherstellung der Alliiertenfront und gemeinsamer Druck auf Deutschland, oder restlose Erfüllung des französischen „Reparationsprogramms“? Wenn dies der Fall ist, so darf keine Zeit mehr verloren werden. „Daily Express“ schreibt am Vorabend der Ruhrinvasion Lord Balfour werde sich „in einem gegebenen Momente gezwungen sehen, die englischen Truppen vom Rhein zurückzuführen. Die Wehrheit der englischen Regierung ist nach gegen diese „automatische Lösung des Versailles-Vertrages“, aber sie wird kleiner. Im gestrigen Kabinettsrat schwenkte ein Minister auf die Seite der „Antineutralisten“ ab, und Lord Derby hatte große Mühe, keine Freunde — die das französische Ruhrunternehmen noch immer als „Beweis eines hartnäckigen Glaubens“ annehmen — bekommen zu lassen. Poincarés Mitteilungen an Lord Crewe ändern diese Auffassung radikal. Alles schwand; die Neutralität wird, nach Meinung des „Daily Chronicle“, immer dünner. Sie zu revidieren, bemühen sich nicht einmal die konservativen Organe. Es liegt mehr auf dem Spiel als die „Entscheidungen über das französische Experiment“. Dessen schreibt „Westminster Gazette“ (Graz nahebei): „In Paris ist der napoleonische Taumel entstanden. Poincaré hat den alten Eroberungsgeist, die in jedem französischen General brennende, ein mächtiges Ventil geöffnet. Im Pariser Kreise spricht man von der Wiederherstellung einer „heimschmerzhaften Republik“ unter französischer Führung. Ein fertiger Plan ist vorhanden. Marshall Foch ist sein Schöpfer. Man bezeichnet diesen Plan als „Notprojekt“. Erhöht Poincaré nicht alle Garantien gegen Deutschland, selbst die Sicherung gegen einen deutsch-russischen Angriff, dann wird aus der Wollstapelung eine politische Tat. Wir nehmen aus Paris, daß die Besetzung des Ruhrgebietes nicht bloß als eine „Sanktion“ zu betrachten ist, sondern auch als ein „Beweis“, um den Druck auf Deutschland zu vergrößern. Der verbliebene Deutsche und Russen (im Juni 1923) im Reine zu erklären. Marshall Foch arbeitete die Ruhrbesetzung nicht in Form einer wirtschaftlichen Zwangsmaßnahme aus, sondern in rein politischem Sinne. Die französischen Streitkräfte werden jetzt gestärkt, vergrößert. Bis Ende Februar ist der ganze Apparat fertiggestellt. Es scheint, daß Poincaré in der Finanzkommission hierüber Bescheid gemacht hat; er kündigt die Rückzahlung aus dem Ruhrgebiet auf 50 Millionen Pfund für die zwei Monate Januar und Februar.“

Somit „Westminster Gazette“. Es wäre noch zu bemerken, daß in den linksliberalen „Daily News“ ausführliche Darlegungen über den neuapoleonischen Geist Frankreichs veröffentlicht werden. Das Blatt weist auf die Literatur hin, die jetzt in Frankreich verbreitet wird. Sogar Millerand machte in seinem Gespräch mit dem Führer der französischen Vorkriegsopposition, Barres, Bemerkungen, die den Eindruck erwecken, daß das heutige Frankreich von der Bahn der Reparationspolitik auf die der napoleonischen Beherrschung Europas abgewichen ist. Die Ultrationalisten gewinnen — nach „Daily News“ — mehr und mehr Einfluss auf die

Regierung; sie werden so mächtig, daß die linksrepublikanische um ihr Leben fürchten. Ein Zurück in der Ruhrinvasion gibt es nicht, es sei denn über die Leichen der Politiker, die man heute schon der Flammfackel und der Wollstapelung beizugeben. Unter der Wollstapelung werden Flugblätter verteilt mit napoleonischen Aussprüchen, z. B.: „Réunion des forces; activité; ferme résolution de périr avec gloire.“ (Zusammenfassung der Kräfte; Tatkraft, Entschlossenheit, mit Ruhm zugrundegehen.) Die Literatur der Ruhrkriegsstage trägt einen deutlichen Charakter der Napoleon-Verherrlichung. Ein Buchlein bringt Erinnerungen an den französischen Techniker Willefollé, der im Jahre 1810 für Kaiser Napoleon einen Bericht über das Ruhrgebiet schrieb und eine vollständige Organisation dieses Gebietes zwecks Ausbeutung für Frankreich (im Hinblick auf die Kontinentalpolizei gegen England) entwarf. Bemerkenswert ist, daß in dem Buche — trotz der englischen Neutralität — auf eine Ähnlichkeit der damaligen mit den heutigen Verhältnissen hingewiesen wird.

„Das napoleonische Spektrum“ rüttelt uns auf, schreibt auch der sonst zurückhaltende „Manchester Guardian“. Das liberale Blatt mißt den Pariser Berichten, daß die Konzentration der französischen und belgischen Truppen links vom Rhein mit der wirtschaftlichen Sanktion zusammenhängt, nicht den leisesten Glauben bei. Frankreich will über Deutschland den „Endkrieg“ erheben; es will den Deutschen beweisen, daß Frankreich triumphiert; es will die Ruhr fest in der Hand halten, um den Russen die Lust zu nehmen, mit den Deutschen zusammen gegen Frankreich zu kämpfen. Der Eindruck des friedlichen Ruhrgebietes ist eine rein strategische Tat. Wir schreiben es bei Beginn des Unternehmens und sehen heute unsere Voraussetzung durch die Ereignisse bestätigt.“ Der Vorwurf, die englische Regierung habe sich von Poincaré duplizieren lassen, wird immer schärfer. Lord Balfour ist nicht leicht haben, ihn zu entkräften, es sei denn, daß er Poincarés Vorgehen einer Kritik unterzieht; tatsächlich herrscht in hiesigen Regierungskreisen die Meinung vor, man werde in Paris nach dem Willigen der Einbruchoperation (Zwangsmittel gegen die Industriellen, Geldbeschlagnahme usw.) einen „Zwischenhalt“ für diplomatische Auseinandersetzungen einfügen. Poincaré, wahrscheinlich unter schärfstem Druck der militärischen Hierarchie, bereitet als „zweite Phase“ die Verwirklichung des von Foch ausgearbeiteten „Präventivplanes“ vor, über dessen Vorhandensein man hier nichts wußte.

England ist also hintergangen worden. Das steht, nach übereinstimmender Meinung, fest. Die Stunde drängt mit Neutralitätsformeln wird man nicht mehr um die Rippen kommen.

Neue Maßnahmen gegen das Ruhrgebiet?

Nach einer Haussammlung hat die französische Regierung neue strenge Maßnahmen für das Ruhrgebiet in Aussicht genommen und zwar dürfen sich diese Maßnahmen auf eine sehr lange Beziehung erstrecken.

Die „Chicago Tribune“ hält es für möglich, daß im Zusammenhang mit der Erklärung der Zoll-Einkauf um das Ruhrgebiet die Franzosen weiter vordringen und die nächsten Eisenbahnstationen Weisel, Hamm, Barmen und Elberfeld besetzen werden.

Weggangs und le Troquers neue Ruhrreise

Zu der erneuten Reise des Generals Weggand und des Ministers der öffentlichen Arbeiten le Troquer nach dem Ruhrgebiet teilt der „Zeit Parisien“ mit, es handle sich darum, eine enge Verbindung zwischen der französischen Regierung und der Besatzungsbehörde herzustellen. Man rechnet damit, daß der Aufenthalt bis Dienstag dauern wird. Nach seiner Rückkehr werden der Minister sowohl als auch General Weggand, dem „Zeit Par.“ zufolge, sich nach Brüssel begeben, um die belgische Regierung über den Verlauf ihrer Mission zu unterrichten.

Befehle — Drohungen — Verbote

Der französische kommandierende General Gilan in Aachen gibt bekannt, daß die deutschen Polizeibeamten von jetzt ab ihm allein unterstehen. Die Truppen seien angewiesen, von der Wollstapelung Gebrauch zu machen. Der verhängte kleine Besatzungszustand werde durch Herüberlegung der nächsten Verkehrsperre verschärft. Der Bahnhof ist militärisch besetzt. Jeder Eisenbahnverkehr ruht.

Havas meldet aus Düsseldorf: Wenn die deutschen Arbeiter bei Sabotageakten angetroffen würden, so würden sie festgenommen und sofort ausgewiesen, andernfalls würden die verantwortlichen Vorgesetzten festgenommen werden. Wenn die Sabotagehandlungen andauerten, würden bald sämtliche Beamten aus dem rheinischen Eisenbahnnetz herausgeworfen werden.

Das amtliche Kreisblatt „Die Eisenzeitung“ in Daun ist von den Franzosen unter Zensur gestellt worden und muß an der Spitze jeder Nummer festhalten die Verurteilungen des Kreisbelegierten bringen. — Nach einer Haussammlung soll die interalliierte Rheinlandkommission als Antwort auf die Zwischenfälle, die sich vorgestern in einer der belgischen Zonen infolge der Ausweisung der Beamten ereignet haben, den Besatzungszustand erklären haben. Der englische Vertreter hat sich bei der Belgischen Regierung die Zustimmung erhalten. — Die interalliierte Rheinlandkommission hat die Verbreitung der Zeitschrift „Rhein und der Niederrhein“ sowie der Broschüre „Sportliche Handgranatenwerfen“ im Rheinland verboten.

Der „Deutsche Anzeiger“ und die „Kreuznacher Zeitung“ sind auf weitere 14 Tage ohne Angabe von Gründen verboten worden. — Der „Wolg. Merkur“ in Zweibrücken ist auf drei Tage verboten worden.

Weitere Ausweisungen

Die interalliierte Rheinlandkommission hat die Ausweisung von 11 Beamten, in der Mehrzahl Fortbeamten aus dem Rheinland, beschlossen. Sie beschloß ferner, den Postdirektor von Koblenz und den Präsidenten des staatlichen Domänenamts ihrer Ämter zu entheben.

Gegen den verhafteten Bürgermeister Schmid, den Vertreter des Oberbürgermeisters von Düsseldorf, und den Polizeipräsidenten, Regierungsrat Dörfler, ist die Ausweisung verfügt worden. Sie sind bereits in das unbesetzte Gebiet gebracht worden.

Unmensliche Behandlung der Verhafteten

Der Fortmeister hatten, der zuerst in Aachen im Gefängnis festgehalten wird, hatte in der letzten Nacht weder ein Bett noch eine Decke zur Verfügung gestellt bekommen. Er mußte auf dem Fußboden schlafen. Der Herr ist 63 Jahre alt.

Das durchschnitten Rheinlabel

Berlin, 29. Jan. (Von unferm Berliner Büro.) Das Eisen wird der „S. Z.“ gemeldet, daß die Franzosen bei Düsseldorf und Steele das Rheinlabel durchschnitten haben. Der Regierungspräsident wird sofort wegen der Wiederherstellung mit den Fran-

zosen Verhandlungen aufnehmen. Die Reparatur kann nur von deutschen Beamten vorgenommen werden und diese verlangen die Räumung sämtlicher Umschlagstationen, die von den Franzosen besetzt sind.

Die Schreckenstage in Trier

Berlin, 29. Jan. (Von unferm Berliner Büro.) Von Augenzeugen, die die Schreckenstage in Trier am Donnerstag und Freitag vergangene Woche miterlebt haben, werden jetzt die unerhörten Einzelheiten über die Vorgänge berichtet, von denen die rheinische Presse natürlich schweigen muß, will sie sich nicht der Gefahr eines langfristigen Verbots aussetzen. Es haben sich Szenen abgespielt, die jeder Beschreibung spotten. Die vertriebenen Wälder sind darnach systematisch auf die wehrlose Bevölkerung losgelassen worden, sind durch die Straßen geprengt, haben die barocksten Fassaden vor sich hergetrieben und blindlings um sich geschlagen. Selbst 80jährige Personen wurden nicht verschont.

„Daily Chronicle“ bezeichnet die Bajonetangriffe farbiger französischer Truppen gegen Einwohner von Trier als eine In-Samie, von der jede anständige öffentliche Meinung angeekelt sein müsse.

Vier Todesurteile im Aachener Graßprozeß

Vor der Urteilsverkündung im Prozeß Graß, der im Vorjahre in der Gegend von Duisburg erschossen wurde, machte der Vorsitzende bekannt, daß jeder, der sich zu irgend einer Kundgebung hinziehen lasse, auf der Stelle verhaftet würde. Es fiel sofort auf, daß Frau Hedemann nicht anwesend war, deren sofortige Verhaftung angeordnet worden war. Nach Verlesung des Tatbestandes erfolgte die Strafverurteilung. Da es erwiesen sei, daß Heinrich der Anführer zum Mord und Graben, Kiehl und Klein die Ausfühler des Mordes waren, sei bei allen vier Angeklagten auf Todesstrafe erkannt worden. Ferner wurden verurteilt ein Angeklagter zu 20 Jahren Zwangsarbeit, ein Angeklagter zu 15 Jahren Zwangsarbeit, zwei Angeklagte zu drei Jahren Gefängnis, ein Angeklagter in continuierlicher Haft zu drei Jahren Gefängnis und die Angeklagte Frau Hedemann zu fünf Jahre Zuchthaus. Ein Angeklagter wurde freigesprochen. Die Umgebung des Gerichts war durch etwa zwei Schwadronen belgischer Kavallerie besetzt. In den Zugängen zu den Straßen zum Gerichtsgebäude waren Panzerautos aufgestellt.

Der belgische Polizeikommissar, der in der Nacht vor der Erschießung des belgischen Oberleutnants Graß einen deutschen Kriminalbeamten erschoss, erhielt ein halbes Jahr Gefängnis.

Deutsches Reich

Gegen den unredlichen Altmetallkaufhandel

Berlin, 29. Jan. (Von unferm Berliner Büro.) Die angeklagten beiden Geheimeurteile, die der Besatzung unredlich gehandhabten Wirtschaften bei dem Kleinhandel mit unedlen Metallen, sowie mit Edelsteinen und Edelmetallen dienen, sind nunmehr an den Reichstag abgegangen. Die Entwürfe verfolgen den Zweck, die unredlichen Altmetallgeschäfte zu beseitigen, die in der letzten Zeit die Wälder aus dem Boden schossen, umwunden zu machen und zwar durch Einführung des Erlaubniszwanges, der auch für die bereits bestehenden Betriebe maßgebend sein soll. Zugleich sollen die Ankaufshöfen der Erwerber von Altmetall verboten. Die Ankaufshöfen haben die Verpflichtung genauer Buchführung. Zündendungen werden mit schweren Strafen bedroht. Die Wirksamkeit der beiden Gesetze ist auf drei Jahre beschränkt worden.

Badische Politik

Die Entente-Kommissionen in Baden

Die beiden in Karlsruhe untergebrachten Mitglieder der Entente-Kommission, zwei Franzosen, wurden von dem Besitzer des Hotels, in dem sie wohnten, höflich aber entschieden aufgefordert, das Hotel in Zukunft zu meiden. Als die beiden Franzosen trotzdem in dem Hotel mochten blieben, hat sich das gesamte Hotelpersonal mit Ausnahme einer Kellnerin, die sich auf die Seite der Franzosen stellte und deshalb entlassen wurde, geweigert, die Franzosen weiter zu bedienen, die sich dann sofort bei der badischen Regierung unter Berufung auf den Versailles-Vertrag beschwert haben. Daraufhin wird jetzt amtlich mitgeteilt: Die Entente-Kommissionsmitglieder, die sich in einigen Städten Badens aufhalten, dürfen einer Bewilligung durch die einheimische Bevölkerung nicht ausgesetzt werden. Die allgemeine Erregung über die Vorgänge im Ruhrgebiet darf sich nicht äußern in feindseligen Aktionen gegenüber einzelnen Vertretern der interalliierten Mächte. Es ist ohne weiteres klar, daß derartige Demonstrationen, wenn sie unternommen werden, völlig zwecklos wären und weder Stärke noch Würde beweisen. Trübsal und Unangebracht ist es, durch solches Verhalten schwerwiegende außenpolitische Folgen heraufzubekommen. Von der Einsicht der Bevölkerung kann erwartet werden, daß sie allgemein ein tadelloses Verhalten beobachtet.

Letzte Meldungen

Unklare Haltung der Tschechi

Berlin, 29. Jan. (Von unferm Berliner Büro.) Die Verhandlungen der deutsch-tschechischen Kommission über die Grenzfestlegung im Hultschiner Ländchen, sind, wie wir erfahren, abgebrochen worden. Gleichzeitig wird uns von vertrauenswürdiger Seite auch von neuen militärischen Bemerkungen in der Tschechi berichtet. Daß den Lokalisierungsversicherungen der tschechischen Regierung nur ein bedingter Wert beizumessen war, ergab sich auch schon aus den wiederholten Anfragen der deutschen Partei im Senat und in der Kammer. Unsere böhmischen und mährischen Volksgenossen würden nicht so in sorgenvoller Unruhe geraten sein, wenn sie der korrekten Haltung der tschechischen Ratsgeber glauben sicher sein zu können.

Konstantinopel, 29. Jan. Aus Angora verläutet, daß infolge der Möglichkeit des Abbruchs der Lausanne-Friedensverhandlungen der Ministerrat zusammengetreten sei. Es sei beschlossen worden, eine außerordentliche Sitzung der Nationalversammlung einzuberufen. In der Presse und in allen politischen Kreisen zeige sich großer Optimismus.

Havas berichtet aus Konstantinopel, daß einer Drathung aus Angora zufolge Rustapha Kemal, der sich augenblicklich in Smarna aufhalte, wegen der Wendung, die die Konferenz in Lausanne genommen habe, eilig nach Angora zurückgerufen worden sei.

Brüssel, 29. Jan. Gestern hat hier eine Kundgebung gegen die Annahme der Unionist-Geni stattgefunden. Es haben sich eine Zwischenfälle ereignet, wobei 500 Befragungen vorgenommen wurden. Es gab vier Verletzte: dem König, dem Ministerpräsidenten und der Kammer wurden Briefchen übergeben.

